

Eine Frage, Frau Merkel: Wann stoppen Sie endlich den **Mieten-Wahnsinn?**

Die Kanzlerin muss am Mittwoch erstmals persönlich bei einer Regierungsbefragung im Parlament Rede und Antwort stehen. Unser Themenvorschlag: eine echte Mietpreisbremse. Wir würden gerne wissen, ob Merkel die neuen Pläne von Justizministerin Katarina Barley (SPD) unterstützt und die MieterInnen wirklich schützt

3, 7



Sprechstunde im Bundestag: Die Kanzlerin muss sich neuerdings von Abgeordneten zu aktuellen Themen befragen lassen – dreimal im Jahr, je eine Stunde lang. Heute geht's los Foto: Kay Nietfeld/dpa

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

+++ EIL +++ EIL +++

Neue Eskalation im Nuklearkonflikt nach dem Ausstieg der USA aus dem Atomdeal und Israels Drohungen: Der Iran will seinen Namen anreichern und nennt sich ab sofort

Uran.

Flaschenpost im All

An Bord der ISS: „Astro-Alex“ und SchülerInnenwünsche fürs Jahr 2068

2, 18

Kommentar von **Rainer Balcerowiak** über die Mietpreisbremse der Justizministerin

Wenn der Wohnungsmangel nur Randproblem ist

Die entscheidende Zukunftsfrage Deutschlands scheint derzeit die Aufklärung der Fehler einer Bundesbehörde bei der Erteilung von Asylbescheiden zu sein. Das dürfte die erstmalige Regierungsbefragung heute im Bundestag ergeben. Da fallen „Randprobleme“ wie Wohnungsmangel und explodierende Mieten kaum noch ins Gewicht.

Immerhin: Justizministerin Katarina Barley (SPD) hat geliefert und knapp drei Monate nach ihrem Amtsantritt einen Referentenentwurf für eine Mietrechtsnovelle vorgelegt. Doch selbst wenn diese Vorlage – wovon nicht auszugehen ist – die Mühen der Großen Koalition weitgehend unverändert überstehen sollte, wäre es keineswegs der „große Wurf“ zur Eindämmung der Wohnungsnot in den meisten deutschen Großstädten und Ballungsräumen.

So sieht die Verschärfung der Mietpreise bei Neuvermietungen zwar eine Auskunftspflicht der Vermieter über den zuvor verlangten Miet-

zins vor. Die zahlreichen Schlupflöcher für deren Umgehung bleiben aber ausnahmslos bestehen. Vor allem, weil Mieten, die bereits zuvor über der Kappungsgrenze von 10 Prozent oberhalb des Mietspiegelwerts lagen, dauerhaft Bestandsschutz genießen. Auch die Begrenzung der Modernisierungsumlagen auf 8 statt bisher 11 Prozent, nebst einer Obergrenze von maximal 3 Euro pro Quadratmeter, wird der Verdrängung einkommensschwächerer Mieter kaum Einhalt gebieten.

Ohnehin ist der dringend notwendige Schutz von Mietern in Bestandswohnungen nur ein Aspekt des in den vergangenen Jahrzehnten neoliberal entfesselten Wohnungsmarkts. Die Bestände des sozialen Wohnungsbaus sind dramatisch geschrumpft, weil es sich dabei eben nicht um dauerhaft preiswerte Wohnungen, sondern um eine temporäre, öffentlich geförderte Mietpreis- und Belegungsbindung für Häuser handelt, die anschließend wieder dem freien Markt zugeführt werden. Bund, Länder und viele Kommu-

nen haben in einer wahren Verkaufssorgie große Teile ihrer Wohnungsbestände an Investoren verkauft, was zur Keimzelle von börsennotierten Immobilienkonzernen wie Deutsche Wohnen und Vonovia wurde.

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist dramatisch. Branchen-, Mieter- und Sozialverbände gehen übereinstimmend von rund einer Million fehlender Wohnungen aus. Zwar wird seit einigen Jahren wieder mehr gebaut, aber hauptsächlich im oberen Preissegment.

Lösungsansätze sind hinreichend bekannt: Konzentration der Förderung auf kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbau, durchgreifende gesetzliche Regelungen zur Mietpreisdämpfung, Ausbau der geschützten Segmente für Wohnungslose und Geringverdiener. Das sind Themen, die für die soziale Verfasstheit unserer Gesellschaft von zentraler Bedeutung sind. Doch die meisten Volksvertreter im Bundestag sehen das offenbar anders.

Ausgabe Berlin
Nr. 11645
€ 2,30 Ausland
€ 1,80 Deutschland



30623

Die taz wird ermöglicht durch

17.906

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90 fax 030 | 25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325 anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22 kleinanz@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0 fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
taz
Postfach 610229, 10923 Berlin
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune

www.taz.de



Illustration: Xueh Megirini

„Ein unfreiwilliges Outing“

Es kann verletzend sein, wenn Menschen wegen der Stimme anders wahrgenommen werden als gewünscht. Expertin Maria Wilde über Transidentität, neue Therapien und genderneutrale Töne

13



#GrenellGoHome
von Paula Troxler



14